



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner, Roland Magerl, Ferdinand Mang, Martin Böhm** und **Fraktion (AfD)**

Gute Beziehungen zum Vereinigten Königreich auch nach dem Brexit erhalten!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass der Brexit die Fragilität der Europäischen Union offengelegt hat. Eine gütliche Einigung und Trennung im Guten von unseren britischen Freunden konnte nicht realisiert werden.

Der Landtag begrüßt die demokratische Entscheidung des britischen Volkes, die Europäische Union zu verlassen und bekennt sich ausdrücklich zur Freundschaft des britischen und deutschen Volkes.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass

- ein Handelsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich geschlossen wird, das für beide Seiten profitabel ist. Ein abruptes Ende der erfolgreichen Handelsbeziehungen ist insbesondere aufgrund des jährlich knapp 15 Mrd. Euro umfassenden Exportvolumens nicht im bayerischen Interesse.
- eine sinnvolle Kooperation im Bereich Forschung weiterhin stattfindet. Sowohl in den Forschungsprogrammen, z. B. Horizont 2020, als auch in der direkten Hochschulkooperation war die Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich im beiderseitigen Interesse. Eine fruchtbare Fortführung soll gewährleistet werden.

Der Landtag fordert die Staatsregierung darüber hinaus auf, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass der mehrjährige Finanzrahmen 2021 – 2027 den Ausfall der Beitragszahlungen des Vereinigten Königreiches durch Verkleinerung des EU-Budgets ausgleicht. Eine Anhebung des deutschen Beitrages zum Ausgleich der Deckungslücke darf es nicht geben.

Der Landtag bekennt sich zur unverbrüchlichen Freundschaft mit dem Vereinigten Königreich und fordert die Staatsregierung auf, die eigenen Beziehungen zur Regierung des Vereinigten Königreiches zu intensivieren. In diesem Zusammenhang soll die Freundschaft der Regionen ebenso in erheblichem Maße gefördert werden. Diesbezüglich soll der Schüleraustausch zwischen Partnerstädten Bayerns und dem Vereinigten Königreich ausgebaut werden.

Begründung:

Die Verhandlungen eines Austrittabkommens wurden seitens der EU erst ernst genommen, nachdem der Austritt bereits vollzogen wurde. Mit der Haltung von Herrn Barnier und anderen Akteuren der EU, dass am Vereinigten Königreich ein Exempel statuiert werden müsse, wurde kein produktives Ergebnis erzielt werden. Erst nach dem offiziellen Brexit wurde der Ernst der Lage erkannt und eine Empfehlung für einen Beschluss des Rates über die Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen über eine neue

Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland abgegeben.

Dieser vorhersehbaren Entwicklung, welche das Potential zu hohen wirtschaftlichen Schäden hat, muss im Interesse der bayerischen Wirtschaft nun konsequent entgegen gewirkt werden. Nur mit den Briten als verlässliche Handels- und Kooperationspartnern können der Wohlstand, der zu einem nicht unwesentlichen Teil auf Exporten fußt, erhalten und Arbeitsplätze gesichert werden.

Weiterhin ist die historische Freundschaft zum Vereinigten Königreich ein Bestandteil des Freistaates. Unsere bayerischen Interessen dürfen nicht den machtpolitischen Spielchen von EU-Funktionären und einem falschen Verständnis von Partnerschaft geopfert werden.